

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 38 • Landtagssitzung 16. - 18. Dezember 2009

Haushalt 2010/2011 ist Dokument des Versagens

Der **Landeshaushalt** für die Jahre **2010 und 2011 geht an den schwerwiegenden Problemen** des Landes für die Gegenwart und Zukunft **vorbei**. Die Koalition von SPD und CDU ist nicht in der Lage, die gebotenen Antworten auf die Anforderungen des Landes in der Bildung, auf sozialem Gebiet, in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung und beim ökologischen Umbau zu geben. Sie gestaltet nicht, sie verwaltet lediglich. Der Landeshaushalt ist ein Dokument des Versagens zu Lasten der Bürger. Die **einzige Ausrichtung** dieser Koalition bestand und besteht in der **schwarzen Null**. Das ist zu wenig. Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Die Politik der Großen Koalition zeichnet sich aus durch **Kurz-sichtigkeit, Mutlosigkeit und Ideenlosigkeit**. Das Nachsehen haben die Menschen in unserem Land, weil viele der **Kommunen** mit deutlich weniger Zuweisungen vom Land vor dem **finanziellen Kollaps** stehen und Leistungen abbauen müssen. Mit mehr Qualität im Bereich Kita und Schule ist nicht zu rechnen, finanzielle Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut und Armut fehlen und es wird **versäumt, in die**

Zukunft zu investieren. Es steht zu wenig Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik, für Maßnahmen des Klimaschutzes und für Prävention zur Verfügung. **Alternativen**, die meine Fraktion in den Haushaltsberatungen eingebracht hat, wurden **allesamt abgelehnt**. SPD und CDU wollen die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Das stimmt – sie schicken sie in die Traufe. Die Mittel aus dem **kommunalen Ausgleichsfonds** sind **völlig unzureichend** und belasten die Haushalte in der Zukunft. Wir haben beantragt, für die Kommunen direkt über Sonderzahlungen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Ja, wir haben damit auch beantragt, dass das Land für diese Mittel neue Schulden aufnehmen muss – wohl wissend, dass Neuverschuldung keine Dauerlösung sein darf. Aber sie darf in der jetzigen Situation auch kein Tabu sein. Es werden mittel- und langfristig erhebliche zusätzliche Kosten anfallen, wenn erst ehrenamtliche Strukturen im Sport, in der Jugendarbeit und in der soziokulturellen Arbeit weggebrochen sind. Die Große Koalition wollte die Eltern im Kita-Bereich entlasten. Tatsächlich

geschieht das Gegenteil, fast überall im Land bekommen Eltern Bescheide, dass sich Krippe, Kita und Hort verteuern. Die Große Koalition wollte in **Bildung investieren**. **Fehl-anzeige**. Mit wirklichen Qualitätsverbesserungen in der Schule werden wir nicht rechnen können. Wir haben gefordert, den **Zukunftsfonds weiterzuführen** und den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Priorität zu fördern. Die Landesregierung ist jedoch nicht bereit, neue Weichen zu stellen. Im Gegenteil: **Öffentlich geförderte Beschäftigung** wird immer **weiter zurückgedrängt**. Dabei braucht das Land öffentlich geförderte Beschäftigung, insbesondere um die soziale Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Die **Landesregierung** und die sie tragenden Fraktionen haben **keine Lösung für die aktuellen Probleme**. Und sie denken nicht daran, sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Einnahmeseite einzusetzen. Dies ist aber vor dem Hintergrund krisenbedingter Steuererlösausfälle, zurückgehenden Solidarpaktmitteln und einer absurden Schuldenbremse notwendiger denn je.

Birgit Schwebs

Aus für Steinkohle-Kraftwerk!

Groß war die Freude und Erleichterung, als am 11. Dezember bekannt wurde, dass der Energiekonzern Dong Energy seine Pläne für den **Bau eines Steinkohlekraftwerkes** in Lubmin gestoppt hat. Die Einsicht, dass ein Steinkohlekraftwerk **nicht gegen die überwiegende Mehrheit der Menschen in der Region** und darüber hinaus errichtet werden kann, spielte bei dieser Entscheidung sicherlich eine Rolle. Das ist ein riesiger Erfolg für alle Bürgerinitiativen, die sich jahrelang gegen den Bau engagiert haben. Auch wir haben uns stets gegen dieses wahnsinnige Vorhaben ausgesprochen und die Initiativen aktiv unterstützt. Die Volksinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk erreichte mit eindrucksvollen 32 000 Unterschriften – in nur 6 Wochen gesammelt – den Landtag. Hier eierte die SPD nur rum, während sich CDU und FDP klar für das Steinkohlekraftwerk aussprachen. Die Absage von Dong Energy bedeutet nicht das Ende des Energiestandortes Lubmin. Im Gegenteil, jetzt können alle Kräfte darauf gerichtet werden, hier den **Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien** voranzubringen.

Helmut Holter

Die Landtagsfraktion wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein besinnliches Weihnachtsfest
und ein glückliches und gesundes Jahr 2010.



Fritz Reuter

Leider wurde unser Antrag „**Entschließung zum Fritz-Reuter-Jahr 2010**“ **abgelehnt**. Am 7. November 2010 ist der 200. Geburtstag von Fritz Reuter. Wegen seiner Bedeutung weit über regionale und Landesgrenzen hinaus sollte der Landtag 2010 zum Fritz-Reuter-Jahr erklären und seinen Beitrag dazu leisten, Leben und Werk dieses „großen Sohnes“ des Landes zu würdigen und jungen Menschen nahe zu bringen.

Torsten Koplin

Bleiberecht

Die Mehrheit der Koalitionsfraktionen ist **nicht bereit**, sich dafür einzusetzen, die beschlossene **Verlängerung der Bleiberechtsregelung** um zwei Jahre zu begrüßen und die Zeit zu nutzen, um diese umfassend zu überarbeiten. Es müssen aber weitere Schritte folgen, den haben lange hier lebenden Flüchtlingen muss die ständige Angst vor Abschiebungen genommen werden. Sie brauchen Perspektiven.

Peter Ritter

EU: Bürgerinitiative

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Bürgerinitiative eingeführt. Die Bürgerinitiative muss noch konkret geregelt werden. Wir wollten, dass M-V hier seine Erfahrungen einbringt, und den Antrag „**Konkrete Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative aktiv unterstützen**“ eingebracht, der jedoch **abgelehnt** wurde.

Barbara Borchardt

Nachbarrecht

Unser Entwurf über ein **Nachbarrechtsgesetz M-V** wurde wie schon im Oktober **erwartungsgemäß abgelehnt**. In der Auseinandersetzung u.a. mit dem Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen wurde allerdings überwiegend die Auffassung vertreten, dass ein solches Gesetz erforderlich ist. Unser Entwurf regelt das private Nachbarrecht und definiert den Grundsatz der Beziehungen benachbarter Grundstückseigentümer.

Barbara Borchardt

Fragwürdiges Wachstum per Gesetz

Unser Antrag „**Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat ablehnen**“ fand bei der Koalitionsmehrheit **keine Zustimmung**, obwohl die SPD-Fraktion sich im Vorfeld gegen das Gesetz ausgesprochen hat. Der schwarz-gelben Bundesregierung geht es um ein sehr fragwürdiges Wachstum, das sie mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz erreichen will. Um ein Wachstum, an das außer Union und FDP nahezu niemand glaubt. Mit diesem Gesetz wächst die „öffentliche Armut“, aber nicht das Steueraufkommen. Deshalb sollte es besser „Umverteilungsbeschleunigungsgesetz“ heißen – das wäre ehrlich. Nicht nur hierzulande sind riesige Einnahmeverluste damit verbunden. Land und Kommunen sollen letztlich die Zeche zu zahlen. Weder die Entlastungen für Erben noch die für große Unternehmen werden zu mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen führen. Lediglich die Klientel von Union und FDP werden bedient, die Besserverdienenden, die Ver-

mögenden und die Konzerne. Besonders scheinheilig ist es, wenn es um angebliche Entlastungen für Familien geht. Es wird verschwiegen, dass vor allem Familien mit hohem Einkommen sind, die von der Anhebung des Kinderfreibetrages profitieren. Und bei den Hartz-IV-Beziehern kommt die Erhöhung des Kindergeldes gar nicht an, weil es voll angerechnet wird. Sie sind wieder einmal wie Menschen dritter Klasse behandelt. Dabei brauchen gerade Bezieher kleiner Einkommen endlich eine deutliche Entlastung, um die Binnennachfrage zu erhöhen. Das kostet Geld, wäre aber bezahlbar, ohne dass sich der Staat zusätzlich verschulden muss. Bezahlbar, wenn wir eine Millionärssteuer und eine Börsenumsatzsteuer einführen, wenn Spitzeneinkommen und hohe Vermögen wieder stärker belastet würden. Daran verschwendet die Regierung von Union und FDP aber keinen Gedanken, nein sie vergibt Steuergeschenke auf Pump an die eigene Klientel.

Helmut Holter

Kinder haben Rechte

Unser Antrag „**Kinderrechte im Grundgesetz verankern**“ wurde erneut in den Europa- und Rechtsausschuss sowie in den Sozialausschuss überwiesen. Im Januar 2009 wurde ein gleich lautender Antrag unserer Fraktion **abgelehnt**, weil zwischenzeitlich eine Bundesratsinitiative gescheitert war. Der Landtag kam jedoch damals nicht umhin, sich

prinzipiell für unser Ansinnen auszusprechen, Kinderrechte in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes aufzunehmen.

Die Landesregierung soll sich nun erneut für einen Anspruch von Kindern auf Schutz, Fürsorge und angemessenen Lebensstandard sowie für das Recht auf Bildung einsetzen.

Barbara Borchardt

Raumordnung für große Anlagen

Mit unserem Antrag „**Raumordnungsverfahren (ROV) für große Tierproduktions- und Bioenergieanlagen vorsehen**“, der **abgelehnt** wurde, wollten wir erreichen, dass zukünftig die Beurteilung von Großanlagen nach Kriterien normiert wird und nicht länger der Einzelfallprüfung überlassen bleibt. Industriell betriebene Großanlagen erzeugen erhebliche Emissionen und stehen damit

häufig im Konflikt mit anderen Nutzungen. In einem ROV mit eingeschlossener Umweltverträglichkeitsprüfung wird in einem frühen Planungsstadium, unter Einbeziehung der Öffentlichkeit festgestellt, ob das Vorhaben in die Region passt und wie Vorhaben aufeinander abgestimmt werden können. Das würde auch das Genehmigungsverfahren vereinfachen.

Regine Lück

Zivil

Auf unsere Initiative haben die demokratischen Fraktionen eine „Erklärung des Landtages zum Verzicht des Bundesministeriums für Verteidigung zur Nutzung des Luft-/Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide“ verabschiedet. Darin wird u.a. die Entscheidung begrüßt und Unterstützung bei der Klärung der Nutzung des ehemaligen „Bombodroms“ zugesichert.

Peter Ritter

Altersteilzeit

Die Regierungskoalitionen sind nicht bereit, sich für eine befristete Fortsetzung der Altersteilzeitregelung einzusetzen und haben den Antrag „Beschäftigungsbrücke für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Förderung der Altersteilzeit erhalten“ **abgelehnt**. Dabei werden infolge der Krise die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Altersteilzeit ist ein Instrument, um Älteren sozial verträglich das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess zu ermöglichen und Jüngeren größere Chancen auf einen Arbeitsplatz zu geben.

Regine Lück

Studentenproteste

Der Druck der Studentenproteste hat offenbar Wirkung gezeigt. Es wird anerkannt, dass bei dem Bologna-Prozess einiges im Argen liegt. Es wurde angekündigt, u.a. den Prüfungsstress zu reduzieren. Unser Antrag „**Studentenproteste ernst nehmen**“ war dennoch nicht erledigt. Es geht u.a. um eine auskömmliche Finanzierung der Universitäten. Der Antrag wurde zwar **abgelehnt**, hat aber dennoch gewirkt. Im Bildungsausschuss wird es eine Anhörung zum Thema „Qualität des Studiums unter besonderer Berücksichtigung des Bologna-Prozesses“ geben.

Andreas Blumh

Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de
18. Dezember 2009